

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 1

Artikel: Probleme der Gewerkschaften in der Schweiz und anderswo
Autor: Anderfuhren, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kopf der Bevölkerung macht dies zusammen etwa 500 Franken aus, also mehr als einen Franken täglich, der auf eine volksgesundheitlich zweifelhafte Weise ausgegeben wird.

Die Broschüre zitiert abschliessend eine Aussage von *Prof. Dr. med. P. Kielholz*: «Den Ärzten und den übrigen Verantwortlichen in unserem Lande obliegt es, unsere Bevölkerung immer wieder auf die Gefahren, die mit dem Medikamentenmissbrauch und dem übermässigen Alkoholgenuss verbunden sind, eindrücklich zu orientieren.»

Probleme der Gewerkschaften in der Schweiz und anderswo

Das Hinüberwechseln in ein neues Jahrzehnt stellt unser Volk vor wichtige Aufgaben. Insbesondere die arbeitende Bevölkerung ist aufgerufen, die ihr gestellten Aufgaben klar zu erkennen. Sie muss Wege und Mittel finden, die sie näher dem Ziele einer gerechten Verteilung der Gewinne ihrer Arbeitsleistungen bringen. Hier stellen sich Probleme, die, wenn sie nicht erkannt werden, den Fortschritt zu einer sozial gerechten Schweiz in Frage stellen. Hier stellt sich die Frage, warum ca. 50% der Arbeiter und Angestellten in unserem Land den Gewerkschaften fern bleiben? In unsern Nachbarländern, wie auch in Skandinavien, England, Belgien und Holland, ist der Stand der Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften wesentlich höher. In dem gross angelegten Referat des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Ernst Wüthrich, anlässlich des 40. Gewerkschaftskongresses vom 14. bis 16. Oktober 1969 in Montreux, versuchte der Referent die Ursachen der gewerkschaftlichen Abstinenz unserer Arbeiter und Angestellten aufzuzeigen. Nehmen wir das Problem der technischen Umstrukturierung unserer Wirtschaft. Sie beruft immer mehr gut qualifizierte Arbeiter und Angestellte in höhere Aufgaben, wie Arbeitsplanung, Arbeitsvorbereitung und Arbeitsorganisation. Diese Arbeiter verlassen dadurch ihre Tätigkeit als Funktionäre der Gewerkschaften, ja oft verlassen sie auch die Gewerkschaften selbst. Oder nehmen wir die jungen Arbeiter, die immer weniger den Gewerkschaften beitreten. Die jungen Arbeiter sind Draufgänger. Sie holen aus den Maschinen das Höchstmögliche heraus. Sie fordern aber auch den ihrer Arbeitsleistung entsprechenden Lohn. Wird er vom Unternehmer nicht bezahlt, wechseln sie den Arbeitsplatz. Die jungen Arbeiter brauchen heute die Gewerkschaften nicht. Diese Probleme bestehen auch für die Gewerkschaften in den andern europäischen Ländern. Aber sie haben nicht zur Folge, dass kaum 50% der Arbeiter in ihren Ländern den Gewerkschaften beitreten, wie bei uns. Hier müssen andere Ursachen vorhanden sein. Viel wird bei uns vom Arbeitsfrieden geredet, und Nationalrat Wüthrich hat den Arbeitsfrieden in den allerhöchsten Tönen gelobt. Ihm verdanke

unser Land die sozialpolitische Stabilität. Aber, so fragen wir, warum erkennen die Arbeiter der Metallindustrie die sogenannten grossen Verdienste des Arbeitsfriedens nicht? Warum treten sie dem Metallarbeiterverband nicht in grösserer Zahl bei? Hier müssen doch Fehler in der Gewerkschaftsarbeit vorhanden sein. Warum ist eine immer grössere Entfremdung zwischen den Arbeitern und ihrer Gewerkschaftsführung festzustellen? Wir lesen in der Presse immer mehr von wilden Streiks. So im Wirtschaftsteil der N.Z.Z. vom 19. Dezember 1969 über den wilden Streik der schwedischen Bergarbeiter. Dieser Streik dauert noch heute an und umfasst die Hälfte der dortigen Bergarbeiter. Diese streikenden Kumpels bilden eigene Streikkomitees mit eigenen Streikkassen, und sie verlangen Direktverhandlungen mit den Unternehmern. Die Ursache dieser Entwicklung der wilden Streiks liegt in der Zentralisierung der Arbeitergewerkschaften, die ca. 90% aller Bergarbeiter umfassen und am Arbeitsmarkt ein Monopol ausüben, das immer mehr zu einer Entfremdung zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und den organisierten Bergarbeitern führt. Die Tarifabkommen werden zentral mit den Unternehmern geregelt, und die Mitglieder der Gewerkschaft haben immer weniger demokratisches Mitspracherecht. Wir erwähnen absichtlich dieses schwedische Beispiel, weil es deutlich zeigt, wie trotz dem Gerede über Mitbestimmungs- und Mitspracherecht in einem uns ähnlichen Land, es im Grunde genommen recht wenig demokratische Rechte für die Arbeiter gibt. Ist es bei uns in der Schweiz nicht auch so? Hören bei uns die demokratischen Rechte nicht auch vor den Toren der Fabriken auf? Ist es genug, wenn unsere Arbeiter und Angestellten wohl übers Wochenende am politischen Leben bei Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können, werktags aber wenig über die Gestaltung ihrer Arbeit zu sagen haben. Wir haben gehört, wie eine Gruppe von Studenten und Arbeiter in Zürich in nächster Zeit mit einer Initiative auf Gemeindeebene Unterschriften sammeln wird. Eine Pressekonferenz soll über diese Initiative zur Förderung der Demokratie am Arbeitsplatz orientieren. Es ist erfreulich, wenn junge Menschen mit praktischen, politischen Anliegen vors Volk treten.

Für das Frauenstimm- und Wahlrecht hat nun der Bundesrat die Türe zur Eidgenössischen Abstimmung aufgetan. Nachdem in den beiden grossen Kantonen Bern und Zürich das Eis für die politische Gleichberechtigung der Frauen gebrochen ist, können wir hoffen, dass unsere Frauen nun endlich zu ihrem Recht kommen werden, freie Bürgerinnen zu sein. Beim Zuckerbeschluss sollte nicht die wahltaktische Frage ausschlaggebend sein, sondern ob unsern Bauern zu helfen ist, ihre zum Teil schwierigen Aufgaben zu meistern. Auf den 1. April werden für Tausende Mieter die Preise für ihre Wohnungen erhöht werden. So kommt es eben, wenn die Privatbanken mehr zu sagen haben wie der Bundesrat. So steigen die Zinsen, und die Teuerung nimmt ihren Fortgang. Näher rückt auch die Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative. Wir tun gut, im Volke vor der reaktionären Gefahr des Fremdarbeiterhasses zu warnen.

Hans Anderjubren